

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 886 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Dr. Christoph Zöpel MdB zur
Debatte über die Parteien-
verdrossenheit: Aufklärung
statt Schlagworten.

Seite 1

Marion Caspers-Merk MdB
zum Gesetzentwurf zur Abfall-
wirtschaft: Töpfer hat nichts
dazugelernt.

Seite 3

Rudolf Müller MdB zu den Äu-
ßerungen der Familienministe-
rin über die Käuflichkeit der
Landesverteidigung: Keine
Frage für falsches Moralisieren

Seite 4

Norbert Sprafke zum Umgang
mit den "Republikanern" im
kommunalen Bereich: Zum
Beispiel Kassel.

Seite 5

48. Jahrgang / 63

1. April 1993

Aufklärung statt Schlagworte

Zur Debatte über die Parteienverdrossenheit

Von Dr. Christoph Zöpel MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums

In Deutschland, aber auch in anderen westlichen Demokratien, erleben wir eine öffentliche Debatte, die gesellschaftliches Handeln lähmt, ja Anzeichen von Krise erahnen läßt. Schlagworte setzen sich fest, öffentliche Ereignisse werden immer kurzfristiger, Perspektiven gehen verloren.

Nüchternheit und Aufklärung sind Schlagworten entgegenzusetzen

Politikverdrossenheit:

Es gibt keine menschliche Gesellschaft ohne Politik. Verbindliche Rechtsregeln, die mit politischer Macht durchgesetzt werden müssen, sind unvermeidlich. Zur Entscheidung stehen die Mittel der Politik und die Möglichkeiten ihrer Kontrolle. Krieg und innerstaatliche Willkür oder Friedensbereitschaft und Rechtsstaat, Diktatur oder Demokratie sind die Alternativen.

Parteienkritik:

55 Jahre wurde in Deutschland gegen die faschistische oder kommunistische Ein-Parteien-Herrschaft gekämpft. Nachdem die totalitären Systeme in Europa am Ende sind, ist das Mehr-Parteien-System in der Kritik. Ohne die Konkurrenz von Parteien, zwischen denen gewählt werden kann, ist Demokratie nicht möglich.

Politiker als Vorbilder:

Gewählte Abgeordnete und demokratisch legitimierte Minister müssen sich strikt an Rechtsregeln halten, ihr öffentliches Verhalten unterliegt der Kontrolle und Beurteilung. Die geforderte Vorbildfunktion der Politiker aber paßt nicht in die Demokratie: Der Übergang von der Vorbildverehrung zum faschistischen Führertum und zum stalinistischen Personenkult sind fließend.

Die Politik in den marktwirtschaftlich-demokratischen Gesellschaften steht auch vor neuen Herausforderungen, auf die es keine leichten Antworten gibt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veranstaltungsbüro
mit dem wir zusammenarbeiten
Königsplatz



Wieder Krieg in Europa:

Der Wahnsinn in Bosnien ist qua Fernsehen alltäglich Wahrheit. Genügen gegen verblendete und verantwortungslose nationalistische Politiker die Mittel europäischer Diplomatie oder müssen Soldaten anderer Länder dort mit sterben, damit der Wahnsinn ein Ende hat? Bei der Antwort auf diese Frage ist Zögern demokratische Tugend.

Wanderungen in Europa:

Vor allem aus den ehemals kommunistischen Ländern kommen Zuwanderer nach Westeuropa. Ist Hilfe zur inneren Stabilisierung dieser Länder möglich, oder müssen gegen die Zuwandernden die Grenzen fest verschlossen werden? Bei der Antwort auf diese Frage ist Zögern demokratische Tugend.

Fehlen von Werten:

Durch die Debatten über Schlagworte und tatsächliche Probleme zieht sich die Klage über ein Fehlen von politischen Werten. Mit der Aufklärung hat sich Europa Werte geschenkt, an denen ein Zweifel nicht nötig und zu denen Alternativen nicht erforderlich sind. Die Freiheit des einzelnen - bei Respekt vor den anderen, die Gleichheit - von Frauen und Männern, der Schwachen zu den Stärkeren, die Friedensbereitschaft, die Achtung vor kultureller Vielfalt. Gerade haben diese Werte zum zweitenmal in 50 Jahren gesiegt, nach dem Faschismus ist der Kommunismus niedergegangen. In dieser Situation die Aufklärung zu hinterfragen, das ist Übermut, oder schlimmer Dummheit, oder noch schlimmer Absicht.

Achtung der Privatsphäre:

Totalitäre Gesellschaften trennen nicht zwischen Privatheit und durchpolitisierte Öffentlichkeit. Die Achtung der Privatsphäre von jedem, ob Journalist, Sportler, Unternehmer, Künstler oder Politiker ist ein Gütekennzeichen von Demokratien. Geheimdienste und Schnüffeljournalismus sind unerträglich.

Einkommen der Politiker:

In marktwirtschaftlichen Demokratien sind Abgeordnetentätigkeit und Ministerämter Berufe wie andere auch, zu beenden durch Abwahl oder Rücktritt. Leistungsgerechte Bezahlung und risikogerechte Absicherung sind die Gegenleistung. Die Frage nach der gerechten Höhe stellt sich an die Einkommensverteilung der gesamten Gesellschaft: Im Vergleich zu Textilarbeiterinnen verdienen Unternehmensvorstände, Minister und Chefärzte sehr viel.

Diese Schlagworte sind aber nicht die wirklichen Probleme der westlichen marktwirtschaftlich-demokratischen Gesellschaften. Die Politik hat Fehler gemacht und Fehlentwicklungen zugelassen.

Zwei-Drittel-Gesellschaft:

Seit der ersten Wirtschaftskrise Ende der 60er Jahre ist ein wachsender Sockel von Arbeitslosigkeit entstanden. Fast ein Drittel der Menschen ist aus der Wohlstandsgesellschaft ausgegrenzt. Die Einkommensstärkeren müßten Umverteilungen von Arbeit, Geld und Zeit wollen - aus Eigennutz.

Staatsverschuldung:

Durch zwei Jahrzehnte haben die Regierungen und Parlamente der westlichen Demokratien mehr Geld ausgegeben als sie einkommen haben - für Rüstung, Lehrer, Sozialleistungen, Straßen und anderes mehr. Wenn die Abgabebefastung nicht gesteigert werden soll, sind deutliche Ausgabenverzichte notwendig.

(-/1. April 1993/rs/fr)

Töpfer hat nichts dazugelernt!
Zum Gesetzentwurf zur Abfallwirtschaft

Von Marlon Caspers-Merk MdB
Stellvertretende umweltpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

Der vorgelegte Gesetzentwurf, der die Abfallwirtschaft endlich umweltverträglicher machen sollte, genügt diesen hohen Ansprüchen nicht. Ein Jahr gesetzestechnischer Vorbereitungen, diverse Entwürfe, Konsultationen mit Umweltverbänden und der Wirtschaft oder den Gewerkschaften, und, nicht zu vergessen, die Skandale und Skandälchen, die es in dieser Zeit z.B. um das Duale System gab - all das hat nichts genutzt. Töpfer hat nichts dazugelernt. Der jetzt vorgelegte Entwurf ist gegenüber seinen Vorläufern keine Verbesserung: Umweltverbände, die Wirtschaft und Gewerkschaften können getrost ihre kritischen Stellungnahmen wieder hervorholen; sie haben an Aktualität nichts eingebüßt.

Vermeidung und Produktverantwortung müssen Leitlinien einer zukunftsorientierten und im besten Sinne fortschrittlichen Abfallpolitik sein. Dies darf man getrost als den kleinsten gemeinsamen Nenner aller Beteiligten in der Diskussion um die "richtige" Abfallpolitik beschreiben, und dies wird auch vom Töpferschen Gesetzentwurf propagiert. Aber der Blick auf die konkreten Regelungen zeigt zuallererst, was trotz intensiver Diskussionen immer noch nicht geregelt ist:

- Es finden sich keine konkreten Vorschriften zur Vermeidung von Abfällen. Wieder wird nur eine Verordnungsermächtigung geschaffen, von der diese Bundesregierung - gemessen an den bisherigen Erfahrungen - dann wieder sieben Jahre keinen Gebrauch macht.
- Die Schadstoffhaltigkeit von ganz normalen Produkten und die damit verbundenen Schwierigkeiten bei der Behandlung als Abfall wird zwar erkannt. Aber das Problem wird in der Weise abgehandelt, daß die Bundesregierung ermächtigt wird, über Rechtsverordnungen Sekundärrohstoffe wegen deren Schadstoffeinträgen von einer weiteren Verwertung auszuschließen.

Vermeidung und Produktverantwortung finden so, obwohl propagiert, nicht statt.

Es wird auch dabei bleiben, daß zwei zentrale Ansätze des Gesetzentwurfes von der SPD nicht mitgetragen werden können. Zum einen setzen Regelungs-Schwerpunkte im Entwurf erst dann ein, wenn Abfall bereits entstanden ist; Ansätze zu einer ökologisch orientierten Stoffflußwirtschaft werden nur schemenhaft erkennbar. Die grundsätzliche Eigenverantwortung und unternehmerische Freiheit der Wirtschaft auf Produktion und Produktgestaltung und blindes Vertrauen auf die Marktwirtschaft allein können die Probleme der Zukunft nicht lösen.

Zum anderen verzichtet der Entwurf - nach offensichtlich massiven Interventionen der Wirtschaft - auf konkrete ordnungspolitische Ansätze. Er vermittelt den Eindruck, daß die Probleme der heutigen Abfallentsorgung dadurch gelöst werden könnten, daß Verantwortung in die Hände der Wirtschaft gelegt und eine Vereinfachung der Genehmigungsverfahren für Abfallentsorgungsanlagen angestrebt wird. Das Beispiel DSD lehrt, daß das der falsche Weg ist. Eine Deregulierung auf Kosten der Umwelt wird es mit Sozialdemokraten nicht geben.

Auch andere Regelungen können so nicht mitgetragen werden:

- So soll zwar die stoffliche Verwertung Vorrang vor der energetischen Verwertung haben, aber die Gewinnung von Energie aus Sekundärrohstoffen bzw. die Verwertung als Brennstoff erhält prinzipiell den selben Rang. Damit wird der Verbrennung Tür und Tor geöffnet. Entscheidend für die Art der Verwertung ist bei ökologischer Gleichwertigkeit nach Paragraph 4 (4) der Markt. Diese Gleichwertigkeit soll über Ökobilanzen festgestellt werden, obwohl niemand bisher Kriterien formuliert hat, nach welchen Regeln Ökobilanzen zu erstellen sind.
- Es wird keine generelle Rücknahme- und Rückgabepflicht verfügt, sondern wie bisher über Rechtsverordnungen auf die lange Bank verlagert. Die formulierten Grundsätze

Über langlebige, reparaturfreundliche und recycelfähige Produkte werden nicht näher konkretisiert, so daß mit einer Veränderung der Produkte langfristig nicht zu rechnen ist.

- Die Abfallentsorgung wird für die Industrie zukünftig erleichtert. Betriebliche Entsorgungsanlagen dürfen von anderen "Abfallproduzenten" mitbenutzt werden. Die öffentliche Kontrolle wird erschwert.
- Trotz der grundsätzlichen Forderung nach einem Vorrang der Inlandsentsorgung wird der Müllexport grundsätzlich legalisiert.

Die Freiheit zu produzieren und zu konsumieren, ohne die Konsequenzen zu bedenken, ist eine Scheinfreiheit, die uns in eine ökologische Sackgasse führt. Für Sozialdemokraten kann die Annäherung an eine Lösung der heutigen Abfallsituation nur über Anforderungen ganz speziell an die Produkte, nicht nur an Produktionsverfahren erfolgen. Schlagworte wie "ökologisches Design" eines Produktes müssen sich in gesetzlichen Rahmenbedingungen niederschlagen. Übergangsregelungen sind möglich, die Zielrichtung muß aber unzweideutig festgelegt werden. Gebrauchsgüter müssen zukünftig Kriterien wie Langlebigkeit, Reparaturfreundlichkeit, Wiederverwendbarkeit, Demontierbarkeit, Recyclingfähigkeit, Schadstoffarmut und geringem Energieverbrauch erfüllen.

Durchsetzbar werden diese Anforderungen aus unserer Sicht über eine allgemeine Rücknahme- und Rückgabepflicht, verknüpft mit dem Gebot, Produkte (oder Bausteine) vorrangig wieder zu verwenden oder stofflich zu verwerten. Selbstverständlich sind ökologische Kriterien an ein Recycling zu knüpfen, aber auch Stoff- und Produktverbote dürfen nicht tabuisiert werden.

Mit dem vorgelegten Entwurf hat Minister Töpfer keinen Meilenstein gesetzt. Das wundert nicht, denn er versucht mit dem Gesetzentwurf erneut einen unmöglichen Spagat: Einerseits umweltverträglichere Lösungen einzuführen, andererseits aber die Wirtschaft nicht zu ärgern. Das kann nicht gutgehen. Klare Positionen, die klare Vorgaben geben, helfen der Wirtschaft mehr als Wischi-Waschi-Regelungen. Der Wirtschaftsstandort Deutschland wird auch durch ein klares Bekenntnis zu Umwelt und Ökologie gesichert.

(-/1. April 1993/rs/fr)

Keine Frage für falsches Moralisieren

Zu den Äußerungen der Familienministerin über die Käuflichkeit der Landesverteidigung

Von Rudolf Müller MdB

Zu Zeiten der Nazis - ähnlich auch schon früher - gab es einen nicht gerade salonfähigen Spruch, dessen zweiter Halbsatz lautete: "Der Führer braucht Soldaten." Daran fühlt man sich erinnert, man möchte auch, wenn man liest, daß die Bundesfamilienministerin erklärt hat, finanzielle Anreize für Eltern seien nötig, weil der Verteidigungsminister genügend junge Soldaten brauche.

Auf diese Weise wird ausgerechnet von der zuständigen Ministerin die sachliche Diskussion über eine Frage verhindert, die uns alle mehr interessieren sollte. Denn tatsächlich ist die zurückgehende Geburtenzahl längst zu einem politischen Problem geworden. Nicht deshalb, weil die Zahl der Deutschen unbedingt 80 Millionen betragen müßte, und schon gar nicht wegen der Ansprüche der Bundeswehr, so notwendig in der Welt Bereitschaft und Fähigkeit zur Verteidigung noch immer auch sind. Es gilt aber auch hier, eine Reihe von Illusionen zurechtzurücken.

Die Zelten in denen von 14 Kindern je Familie sovieta starben, daß die Bevölkerung trotzdem nur langsam wuchs, sind schon hundert Jahre vorbei. Die Zeit, in der die Alterspyramide graphisch einem spitzen Kegel glich, kehrt in den Industrieländern auch nicht wieder. Daraus ergeben sich viele Probleme, über die gerade Frau Rönsch mehr nachdenken sollte. Die größte Illusion ist es, zu glauben, die Deutschen könnten auf die Dauer das Aufziehen von Kindern durch das Anhäufen von Kapital ersetzen. Man stelle sich eine Gesellschaft von überwiegend alten Deutschen vor, die viel Geld haben, aber in der nur wenige da sind, die das reale Sozialprodukt erstellen, die Kranken und Gebrechlichen pflegen und gegebenenfalls - da hat Frau Rönsch natürlich nicht unrecht - das Land verteidigen!

Zu glauben, man könne sich diese Leistung von den jungen Menschen anderer Völker kaufen, ist naiv. Wer die Welt realistisch sieht, weiß, was passieren würde, wenn die Deutschen so weitermachen. Zumindest im Trend würde das aber so weitergehen, wenn die Familien mit Kindern weiter wirtschaftlich so benachteiligt werden, wie das noch immer der Fall ist. Eine Gesellschaft kann überall sparen, aber nicht dort, wo es darum geht, eine kommende Generation für die Aufgaben und Leistungen vorzubereiten, die gerade die älter werdenden Menschen erhoffen und erwarten müssen. Dazu gehört natürlich viel mehr Geld.

Das ist auch keine Frage für falsches Moralisieren. Wer keine Kinder bekommt, ist ebenso betroffen wie diejenigen, die keine haben wollen. Frau Rönsch als Familienministerin hätte die Chance, eine zwar derzeit unpopuläre, aber für die Deutschen lebensnotwendige Diskussion in Gang zu bringen. Stattdessen bietet sie nur Anlaß, diese Fragen weiter zu verdrängen.

(-/1. April 1993/rs/tr)

Zum Beispiel Kassel

Zum Umgang mit den 'Republikanern' im kommunalen Bereich

Von Norbert Sprafke

Mitglied im SPD-Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt

"Es gibt heuer eine gewisse Art Leute, die das Wort Deutsch fast immer mit offenen Naslöchern aussprechen". (Lichtenberg)

Am 23. März 1933 eröffneten Hindenburg und Hitler in Potsdam den neugewählten Reichstag. Es war ein von Goebbels inszenierter Staatsakt im Stil nationalsozialistischer Formgebung. Am Nachmittag beschloß der Reichstag das Ermächtigungsgesetz. Viele Sozialdemokraten und Kommunisten waren schon inhaftiert. In Dachau wurde an diesem Tag das erste KZ errichtet.

Wenige Tage nach dem 60. Jahrestag dieses "Tages von Potsdam" konstituierte sich in der Stadt des Blutrichters Freisler die Kasseler Stadtverordnetenversammlung, erstmals mit einer Fraktion der Republikaner. Die Sitzung eröffnet der Alterspräsident, den die REP-Fraktion stellt. Genug vergleichende Symbolik.

Von verschiedener Seite wird das "Coming out profaschistischer Parteien" (faz) als ein Prozeß der nachholenden Normalisierung der Bundesrepublik Deutschland interpretiert. Rechtsextremisten gehörten zur "normalen" Pathologie demokratischer Gesellschaften (der Kölner Soziologe Erwin K. Scheuch). Die Öffentlichkeit dürfe das Problem nicht überdramatisieren. Damit wollen wir uns nicht begnügen.

Als parlamentarische Realität sind die Rechte wie auch als gesellschaftliche und politische Strömung zur Kenntnis zu nehmen. Angesichts des massenmedialen Spektakels muß sogar mit einem weiteren Anstieg der Rechten auf mittlere Frist gerechnet werden. Tatsächlich hat sich die extremistische Rechte in einem fünfjährigen Prozeß seit 1989 parlamentarisch etabliert. Sie verfügt über genügend Formationen (NPD, DVU, Republikaner) und wie in Kassel über Tarnorganisationen wie die FWG, um Frustrationen über die Erfolglosigkeit einer Rechtspartei

(wie in Frankfurt. Dort gingen die Wähler von der NPD zu den Republikanern) aufzufangen und das Tabu Rechtswahlen abzubauen, und inzwischen auch über genügend aktives Personal, um flächendeckend Kandidaten zu stellen.

Deshalb genügen rituelle Beschwörungen, symbolische Teufelsaustreibungen, Tabuisierungen und Ausgrenzungsstrategien nicht mehr. Verbotsforderungen, die prinzipiell richtig sind, halten niemand ab, rechts zu wählen. Die Forderung "Nie wieder Faschismus" erreicht die Wähler/Innen der Rechtsparteien nicht mehr. Parolen wie "Nazis raus" verhallen ohne Perspektive. Denn im Ernst: wohin sollten die Nazis exportiert werden? Dieses Problem muß in Deutschland gelöst werden. Auf diese stumpfen Waffen sollte die demokratische Öffentlichkeit verzichten.

Die demokratische Öffentlichkeit und ihre Parteien stehen jetzt vor zwei Aufgaben. Sie müssen einerseits ein realitätstüchtiges Politikangebot für die Wähler/Innen der Rechtsparteien darstellen, das die erreicht, die nicht zum rassistischen Kern der Wählerschaft zählen. Sie müssen andererseits eine plausible und demokratische parlamentarische Taktik gegenüber den Rechts-Fraktionen in Stadtverordnetenversammlung und Ortsbeiräten entwickeln.

Die Unvergleichbarkeit von Auschwitz hält die Wähler nicht ab, rechts zu wählen. Für die demokratischen Parteien in den Parlamenten schließt sich jedoch keine Zusammenarbeit mit den Parteien aus, die in der Traditionslinie einer Politik stehen, die Auschwitz verantwortet. Das heißt: keine parlamentarischen Verabredungen mit den Republikanern und keine Kalkulation mit den Rechtsstimmen in stummen Negativkoalitionen. Die Rechte zählt nicht zum Verfassungsbogen des Grundgesetzes.

Die Bundes-CDU hat schon im Oktober 1992 vor der "Gefahr von rechts" gewarnt und erklärt, die Zusammenarbeit mit der rechtsradikalen Partei Republikaner sei unmöglich. In Hessen waren die Stellungnahmen bisher nicht so eindeutig (Petra Roth, Manfred Kanther). Erfreulich ist, daß die Kasseler CDU auch die Freie Wählergemeinschaft 1992 von der parlamentarischen Zusammenarbeit ausschließt. Das hat große Bedeutung für die Ortsbeiräte, in denen die FWG die REP-Stimmen einsammelte. Diese Rolle der Kasseler FWG hat bereits die traditionellen Wählergemeinschaften im Kasseler Umland zu heftigen Distanzierungen veranlaßt.

Um den Parlamentariern Raum zu geben, sich gegenüber den Rechten zu verhalten, sollte deshalb der Raum der Stadtverordnetenversammlung respektiert werden. Die Reps sollten keinen Raum für die Stabilisierung ihres Mythos der verfolgten und verschwiegenen wahren Deutschen bekommen und für Solidarisierungen auf der Ebene der Bewahrung von Recht und Ordnung. Wer die Tugend der Gelassenheit praktiziert, weiß, die Hitlers und Görings gehen vorbei, die Parlamentseröffnung ebenso.

Die bisherigen Formen des parlamentarischen Umgangs mit den Rechten - ignorieren, dramatisieren, ausgrenzen und verschweigen - haben sich nicht als brauchbar erwiesen. In Kassel sollte deshalb eine konfrontative Taktik gegenüber der REP-Fraktion erprobt werden, die dem nichtrassistischen Kern der rechten Wählerschaft die Ziellosigkeit und damit Politikunfähigkeit des rechtsextremen Ressentiments vor Augen führt, und auch dem Gros der Nichtwähler, bevor sie die Rechten als wählbare Alternative ansehen.

Als bewußter politischer Kontrapunkt zum Einzug der Reps in die Stadtverordnetenversammlung sollte außerdem ein städtisches Büro für Menschenrechte und Gleichstellung eingerichtet werden, indem alle Aktivitäten mit und für Aggressionsobjekte rechter Gewalt wie Ausländer, Flüchtlinge, Behinderte, Obdachlose gebündelt werden, und das Initiativen im gesellschaftlichen Raum berät und unterstützt. Zum Tag der Menschenrechte 1992 hatte Noch-OB Bremeler erklärt: "Die Kommunen haben daher eine besondere Verantwortung im Einsatz für die Menschenrechte erhalten. Sie haben auch die Aufgabe, Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit auf kommunaler Ebene zu schützen."

(-/1. April 1993/rs/fr)
